

*Daniela Pisoiu/Reem Ahmed**

Aus der Angst Kapitel schlagen: der Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen in Westeuropa

„Nur eine neue Kraft kann Strache stoppen“ – so lautete der Slogan der kürzlich gegründeten NEOS-Partei (Das Neue Österreich und Liberales Forum) bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen in Wien am 11. Oktober 2015. Heinz-Christian Strache ist der charismatische Führer der rechtsextremen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), eine starke politische Figur und der erste Herausforderer, der dem amtierenden sozialdemokratischen Bürgermeister Dr. Michael Häupl ernsthaft gefährlich werden kann. Häupl hatte bis dahin die Wiener Wählerschaft fest im Griff und Wien war eine Hochburg der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ). Die SPÖ hatte seit 1945 in der Stadt stets die Mehrheit – mit zwei Ausnahmen sogar die absolute Mehrheit – errungen. Erstmals schien nun jedoch ein Sieg der Rechtsextremen möglich. Angesichts mehrerer Umfragen, die die FPÖ vorne sahen, entschied sich schließlich auch Häupl, seinen Wahlkampf auf das Ziel „Strache aufzuhalten“ als wichtigstes Motiv dafür, die SPÖ zu wählen, auszurichten. In der Hoffnung, dass die meisten Menschen Straches „Hetzwahlkampf“ ablehnten, brachte die Stadt Wien ein Video heraus, in dem die Menschen dazu aufgerufen wurden, nicht „andere für sie entscheiden zu lassen“.

Der Aufstieg der Rechtsextremen

Die meisten Experten sind sich darin einig, dass die wichtigste Triebfeder für den überraschenden Aufstieg der Rechtsextremen in Österreich zweifellos die sogenannte „Flüchtlingskrise“ ist. Die FPÖ setzte auf bereits vorhandene angstbesetzte Vorstellungen von Muslimen als Fremde und verband sie – passend – mit den nun sichtbaren Flüchtlingsströmen, um das Bild eines Wien im Belagerungszustand und einer Bevölkerung, die dringend geschützt werden müsse, heraufzubeschwören. In typisch populistischer Weise betonte sie stets nachdrücklich, dass die FPÖ-Politiker die einzigen seien, die sich trauten für „die Menschen“ einzutreten – getreu ihrem Slogan „weil wir Ihre Sorgen ernst nehmen!“ – und die realitätsfremden Eliten herausforderten. Die FPÖ ist nicht die einzige Organisation, die vom Zustrom einer großen Zahl von Menschen in die EU, einem Phänomen, das allem Anschein nach schlecht gehandhabt wird, profitiert. Die FPÖ ist auch nicht die einzige Gruppierung, die von einer Atmosphäre der Angst – Angst vor Kriminalität, Angst vor Terrorismus – und einem diffusen Unbehagen profitiert, das häufig

* Der Beitrag berücksichtigt die Entwicklungen bis Dezember 2015.

auf den hohen Anteil arbeitsloser junger Männer unter den Migranten zurückgeführt oder mit Religions- und Sicherheitsfragen in Zusammenhang gebracht wird. Tatsächlich sind alle rechtsextremen Parteien Europas auf diesen Zug aufgesprungen, da sie sich davon schnelle und einfache Erfolge bei Wahlen versprechen.

Strache hat Wien wiederholt dazu aufgefordert, einen Grenzzaun zwischen Österreich und Ungarn zu errichten und von der Armee bewachen zu lassen, um den Zustrom von Flüchtlingen – insbesondere muslimischen Flüchtlingen – zu drosseln.¹ Dem FPÖ-Parteichef zufolge gibt die Flüchtlingskrise Terroristen und Kriminellen Gelegenheit ins Land zu kommen. Strache erklärte weiter: „Wir haben eine christliche Kultur und wollen diese auch für unsere Kinder erhalten.“² Geert Wilders, Vorsitzender der niederländischen Partei für die Freiheit (*Partij voor de Vrijheid*, PVV), hielt im September 2015 eine Rede vor dem Parlament, in der er sich dagegen aussprach, Flüchtlinge ins Land zu lassen. Er nannte die Krise einen „islamischen Asyl-Tsunami“ und bezeichnete die Flüchtlinge als „Testosteronbomben“, die „unsere Mädchen bedrohen“.³ Im August 2015 sagte ein Sprecher des slowakischen Innenministeriums dem *Wall Street Journal*: „In der Slowakei haben wir keine Moscheen [...] wir wollen nur die Christen auswählen.“⁴ Ungarns Ministerpräsident und Chef der rechten Fidesz-Partei Viktor Orbán schrieb in einem Gastbeitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) im September 2015: „Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen, dass diejenigen, die hierherkommen, in einer anderen Religion erzogen wurden und Vertreter einer grundlegend anderen Kultur sind. Sie sind meistens keine Christen, sondern Muslime. Das ist eine wichtige Frage, denn Europa und das Europäertum haben christliche Wurzeln.“⁵ In einer Rede vor Mitgliedern des französischen *Front National* (FN) beschuldigte Parteichefin Marine Le Pen Deutschland, es würde seine Grenzen für Flüchtlinge öffnen, um sie als billige Arbeitskräfte auszubehuten. Le Pen warnte auch vor der Gefahr einer Islamisierung Europas infolge der Krise.⁶ Alle diese Parteiführer verwenden ähnliche Phrasen, die

1 Vgl. Michael Shields/Shadia Nasralla, Austrian far right leader blames U.S., NATO for migrant crisis, Reuters, 5. September 2015, unter: <http://www.reuters.com/article/2015/09/05/us-europe-migrants-austria-strache-idUSKCN0R50HP20150905>.

2 Zitiert nach: Alison Langley, Wiens Rechtspopulisten hoffen auf Sieg, Deutsche Welle, 1. Oktober 2015, unter: <http://www.dw.com/de/wiens-rechtspopulisten-hoffen-auf-sieg/a-18774642>.

3 Zitiert nach: Ishaan Tharoor, Europe's refugee crisis strengthens far-right parties, in: The Washington Post, 13. Oktober 2015, unter: <https://www.washingtonpost.com/news/worldviews/wp/2015/10/13/europes-refugee-crisis-strengthens-far-right-parties> (alle Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind, wenn nicht anders angegeben, eigene Übersetzungen).

4 Zitiert nach: Anton Troianovski/Margit Feher, Migration Crisis Pits EU's East Against West, in: The Wall Street Journal, 19. August 2015, unter: <http://www.wsj.com/articles/migration-crisis-pits-eus-east-against-west-1439957453>.

5 Viktor Orbán, Wer überrannt wird, kann niemanden aufnehmen, in: FAZ vom 3. September 2015, S. 10.

6 Vgl. Steven Erlanger/Alison Smale, Migrant Influx May Give Europe's Far Right a Lift, in: The New York Times, 7. September 2015, unter: <http://www.nytimes.com/2015/09/08/world/europe/right-wing-european-parties-may-benefit-from-migrant-crisis.html>.

unheilvoll den möglichen Niedergang christlicher Werte und der christlichen Kultur in ganz Europa beschwören, sollte den Flüchtlingen die Einreise erlaubt werden.

Auf die Flüchtlingskrise zu setzen zahlte sich schon bald aus. So wurde die Dänische Volkspartei (*Dansk Folkeparti*, DF) bei den Parlamentswahlen am 18. Juni 2015 mit 21,1 Prozent der Wählerstimmen (gegenüber 12,3 Prozent im Jahr 2011) zweitstärkste Partei und errang 37 von 179 Sitzen.⁷ Die Partei verfolgt eine harte Linie in Bezug auf Einwanderung und versprach, sich für schärfere Grenzkontrollen einzusetzen, damit weniger Migranten ins Land kämen.⁸ In beiden Parlamentswahlen in Griechenland im Jahr 2015 war die rechtsextreme Partei Goldene Morgenröte (*Chrysi Avgi*) drittstärkste Kraft; im September 2015 erreichte sie sieben Prozent (im Januar 2015 waren es 6,3 Prozent).⁹ Eine Analyse der Wahlen vom September 2015 ergab, dass sich die Goldene Morgenröte auf griechische Gebiete konzentrierte, die von der Flüchtlingskrise am stärksten betroffen waren, wie z.B. Lesbos. Vorläufige Zahlen wiesen darauf hin, dass die Goldene Morgenröte in den Arbeitervierteln großer Städte an Einfluss verlor, in besagten Gebieten den Stimmenverlust jedoch ausgleichen konnte. Mit ihrer Behauptung, dass die Flüchtlinge in Griechenland „einfielen“, gelang es der Goldenen Morgenröte Angst zu schüren und ihre Unterstützung in diesen Gebieten zu verstärken.¹⁰

Meinungsumfragen zeigen, dass rechtsextreme Parteien auch in anderen Ländern große Zugewinne zu verzeichnen haben. In Schweden liegen die rechtsextremen Schwedendemokraten (*Sverigedemokraterna*, SD) in den Umfragen derzeit mit rund 25 Prozent vor den beiden größten Parteien, nachdem sie bei den Wahlen im Jahr 2014 das Rekordergebnis von 12,9 Prozent erzielt hatten.¹¹ Im September 2015 stellte das französische Meinungsforschungsinstitut Odoxa fest, dass „Marine Le Pens rechtsradikaler Front National die Kommunalwahlen in der Region Nord-Pas-de-Calais im Norden Frankreichs erdrutschartig gewinnen würde, wenn heute gewählt würde.“¹² Der *Front National* erhielt fast 40 Prozent Zustimmung in der Region, die unter hohen Arbeitslosenzahlen leidet und wegen ihrer Nähe zum Ärmelkanal schon seit Langem die Auswirkungen der Flüchtlingskrise zu spüren bekommt.

7 Vgl. Statistics Denmark, unter: <http://www.dst.dk/en/Statistik>.

8 Vgl. David Crouch/Lars Eriksen, Danish People's party leader demands border crackdown after election success, in: The Guardian, 19. Juni 2015, unter: <http://www.theguardian.com/world/2015/jun/19/danish-peoples-party-dahl-border-controls-election>.

9 Vgl. Alberto Nardelli, Greece election result: the key numbers, in: The Guardian, 20. September 2015, unter: <http://www.theguardian.com/world/2015/sep/20/greece-election-result-the-key-numbers>.

10 Vgl. Yiannis Baboulias, The EU's woeful response to the refugee crisis has revived Golden Dawn, in: The Guardian, 21. September 2015, unter: <http://www.theguardian.com/commentisfree/2015/sep/21/eu-refugee-crisis-golden-dawn-greek-neo-nazi-europe>.

11 Vgl. Erlanger/Smale, a.a.O. (Anm 6).

12 Jess McHugh, Far-Right-Wing National Front Party Gains Popularity, As Marine Le Pen Takes the Lead Amid Refugee Crisis, in: International Business Times, 20. September 2015, unter: <http://www.ibtimes.com/far-right-wing-national-front-party-gains-popularity-marine-le-pen-takes-lead-amid-2105288>.

Der Anstieg des Zulaufs zu rechtsextreme Parteien ist jedoch kein Phänomen der letzten Jahre. Tatsächlich nimmt die Zahl ihrer Anhänger bereits seit den 1990er Jahren zu (Tabelle 1).

Tabelle 1: Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien (landesweite Wahlen)

Land Partei	Jahr Stimmenanteil (Rang)					
	Österreich FPÖ ¹³	2013 20,5% (3)	2008 17,5% (3)	2006 11% (4)	2002 10% (3)	1999 26,9% (2)
Dänemark DPP ¹⁴	2015 21,1% (2)	2011 12,3% (3)	2007 13,9% (3)	2005 13,3% (3)	2001 12% (3)	1998 7,4% (5)
Griechen- land Goldene Morgenröte ¹⁵	Sept. 2015 7% (3)	Jan. 2015 6,3% (3)	2012 7% (6)			
Ungarn JOBBIK Fidesz ¹⁶	2014 20,2% (3) 44,9% (1)	2010 16,7% (3) 52,7% (1)	2006 2,2% (5) 42% (2)	2002 k.A. 41,1% (2)	1998 k.A. 28,2% (1)	1994 k.A. 7% (6)
Niederlande PVV ¹⁷	2012 5,9% (5)	2010 15,5% (3)	2006 10,1% (3)			
Schweden SD ¹⁸	2014 12,8% (8)	2010 5,7% (6)	2006 2,9% (8)	2002 1,4% (8)	1998 0,4% (8)	
Vereinigtes Königreich UKIP ¹⁹	2015 12,6% (3)	2010 3,2% (4)	2005 2,3% (4)	2001 1,5% (5)	1997 0,3% (11)	

13 Vgl. Bundesministerium für Inneres, Stimmenstärkste Partei pro Bundesland, unter: <http://wahl13.bmi.gv.at>; Manuel Álvarez-Rivera, Election Resources on the Internet: Federal Elections in Austria – Elections to the Nationalrat (National Council), unter: <http://www.electionresources.org/at>.

14 Vgl. Manuel Álvarez-Rivera, Election Resources on the Internet: Elections to the Danish Folketing – Results Lookup, unter: <http://www.electionresources.org/dk>.

15 Vgl. ders., Election Resources on the Internet: Elections to the Hellenic Parliament (Vouli), unter: <http://www.electionresources.org/gr>.

16 Vgl. ders., Election Resources on the Internet: Elections to the Hungarian National Assembly, unter: <http://www.electionresources.org/hu>.

17 Vgl. Kiesraad, Databank Verkiezingsuitslagen, unter: <http://www.verkiezingsuitslagen.nl/Na1918/Verkiezingsuitslagen.aspx?VerkiezingsTypeId=1>.

18 Vgl. Statistics Sweden, Historical statistics of elections 1910-2014, unter: <http://www.scb.se/en/Finding-statistics/Statistics-by-subject-area/Democracy/General-elections/General-elections-results/Aktuell-Pong/12275/Historical-statistics-of-election-results/32065>.

19 Vgl. BBC News, How UKIP became a British political force, 3. Mai 2013, unter: <http://www.bbc.com/news/uk-politics-22396689>; The Guardian, UK 2015 general election re-

Hassverbrechen

Die Folge des allgemeinen Angstgefühls und der blanken Ablehnung des Zustroms einer großen Zahl muslimischer Flüchtlinge nach Europa sind Rechtsradikalismus und Hassverbrechen. Es gibt keine offiziellen Statistiken zu Hassverbrechen im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise. Allerdings gibt es eine Reihe von Berichten, die darauf hindeuten, dass die Zahl der Hassverbrechen im Zuge der Flüchtlingskrise gestiegen ist. Vor allem in Deutschland haben Rechtsradikale Flüchtlingsunterkünfte angegriffen. Im ersten Halbjahr 2015 verzeichnete das deutsche Innenministerium 173 solcher Angriffe.²⁰ Im August 2015 berichtete die New York Times, dass in Europa die Hassverbrechen zwar allgemein zugenommen hätten – vor allem gegen Roma und Asylsuchende –, dass es jedoch Hinweise auf eine weit höhere Zuwachsrate bei Massendemonstrationen und Brandanschlägen in Deutschland gebe.²¹ Auch in Ungarn gab es feindselige Reaktionen rechtsextremer Gruppen gegenüber Flüchtlingen. *Betyársereg* (Banditenarmee) z.B. ist eine paramilitärische rechtsextremistische ungarische Gruppe, die seit Beginn der Krise besonders aktiv ist. Die Gruppe hat Flüchtlinge in Ungarn sowohl verbal als auch tödlich angegriffen.²²

Hier zeigt sich – ungeachtet gelegentlicher Spitzen in der Vergangenheit wie z.B. durch die Angriffe auf Asylsuchende in Deutschland in den 1990er Jahren – erneut die generelle Tendenz, dass Hassverbrechen zunehmen. Genaue Informationen über Hassverbrechen sind aufgrund fehlender Meldungen und der unterschiedlichen Erfassung solcher Vorfälle (wenn sie überhaupt erfasst werden) durch die einzelnen Länder schwer zu ermitteln. Aus den Informationen, die die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) für die Jahre 2009-2014 zur Verfügung stellt,²³ geht hervor, dass die Zahl der Hassverbrechen in Ländern wie Deutschland und Dänemark offenbar in etwa gleich geblieben ist, wobei in Deutschland deutlich mehr Hassverbrechen gemeldet wurden als in Dänemark. In Großbritannien war die Anzahl der Hassverbrechen in etwa konstant, stieg allerdings im Zeitraum

sults in full, unter: <http://www.theguardian.com/politics/ng-interactive/2015/may/07/live-uk-election-results-in-full>.

- 20 Vgl. Wenzel Michalski, Dispatches: Alarming Attacks Against Refugees in Germany, Human Rights Watch, 28. August 2015, unter: <https://www.hrw.org/news/2015/08/28/dispatches-alarming-attacks-against-refugees-germany>.
- 21 Vgl. Melissa Eddy, Violent Backlash Against Migrants in Germany as Asylum-Seekers Pour In, in: The New York Times, 13. August 2015, unter: <http://www.nytimes.com/2015/08/14/world/europe/germany-migrants-attacks-asylum-seekers-backlash.html>.
- 22 Vgl. Balint Jóna, Hate Crime Stories: State empowered hate crimes against refugees in Hungary, No Hate Speech Movement, 20. Juli 2015, unter: <http://blog.nohatespeechmovement.org/hate-crime-stories-state-empowered-hate-crimes-against-refugees-in-hungary>; Editorial Board, Hungary's Xenophobia, Europe's Crisis, BloombergView, 2. September 2015, unter: <http://www.bloombergview.com/articles/2015-09-02/hungary-s-xenophobia-europe-s-crisis>.
- 23 Vgl. OSCE ODIHR, Hate Crime Reporting, unter: <http://hatecrime.osce.org>.

2013-2014 um 18 Prozent an. Auch in Schweden²⁴ erreichte die Zahl der Hassverbrechen 2014 einen Höchststand. Für die Niederlande ergibt sich kein klares Bild, da für die Jahre 2010-2012 keine Daten verfügbar sind; vergleicht man die Jahre 2009 und 2013 miteinander, so haben Hassverbrechen jedoch um 63 Prozent zugenommen. In Österreich und Frankreich gibt es keine solch eindeutige Tendenz. So war die Zahl der erfassten Hassverbrechen in Frankreich 2012 am höchsten, fiel im Folgejahr jedoch um 25 Prozent. In Österreich stieg die Zahl der erfassten Hassverbrechen 2010 zunächst an, nahm dann jedoch 2011 um 41 Prozent ab, worauf ein stetiger Anstieg bis 2013 folgte. Informationen aus Ungarn belegen über die Jahre ebenfalls einen stetigen Anstieg. Zieht man detailliertere Berichte heran, wie z.B. einen Bericht der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA), der antisemitische Zwischenfälle in Europa im Verlaufe von zehn Jahren (2002-2012) erfasst hat, zeigt sich, dass Fälle von Antisemitismus in Schweden und den Niederlanden stetig zugenommen haben. In Belgien, Spanien, Irland und der Slowakei blieb ihre Zahl in etwa gleich, es gab auch keine signifikanten Ausschläge nach oben. In Großbritannien, Frankreich und Deutschland ist die Zahl solcher Vorfälle im Laufe der Jahre allmählich zurückgegangen. In der Tschechischen Republik und in Finnland erreichten antisemitische Vorfälle 2009 einen Höchststand und gingen zwischen 2010 und 2012 wieder zurück. Solche Vorfälle kommen allerdings in Finnland generell seltener vor als in der Slowakei. Teil des Berichts war auch eine Befragung von etwa 90 Prozent der europäischen Juden über ihre Wahrnehmung von Antisemitismus; 66 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass der Antisemitismus in Europa auf dem Vormarsch sei.²⁵ Jüngste Zahlen der Polizei aus Großbritannien zeigen, dass die Zahl der Hassverbrechen an Muslimen allein in London um über 70 Prozent gestiegen ist, wobei verschleierte Frauen am häufigsten angegriffen wurden.²⁶

Ursachen des Aufstiegs der Rechtsextremen

So sehr sie auch zum Anstieg der Unterstützung rechtsextremer Parteien in Meinungsumfragen und Wahlergebnissen beigetragen hat – die Flüchtlingskrise ist keineswegs der einzige Grund für den Aufstieg der extremen Rechten. Wie wir gezeigt haben, bestätigen und verstärken die jüngsten Zuwächse eine Tendenz, die bereits seit Jahren zu beobachten ist. Die Rechte hat im

24 Zu Schweden vgl. Brottsförebyggande rådet – Brå (Nationaler Rat für Kriminalprävention), Hate crime, unter: <https://www.bra.se/bra/bra-in-english/home/crime-and-statistics/hate-crime.html>.

25 Vgl. European Union Agency for Fundamental Rights, Antisemitism: Summary overview of the situation in the European Union 2002-2012, Wien 2013.

26 Vgl. Hate crimes against Muslims soar in London, in: The Guardian, 7. September 2015, unter: <http://www.theguardian.com/world/2015/sep/07/hate-crimes-against-muslims-soar-london-islamophobia>

Laufe der letzten ungefähr zehn Jahre eine Reihe von Themen erfolgreich für sich genutzt, darunter Einwanderung oder allgemein „Ausländer“ sowie Europafeindlichkeit. Einige Autoren gehen sogar so weit zu behaupten, dass „der westeuropäische Rechtsextremismus ohne das Reizthema Einwanderung und Asylsuchende wahrscheinlich eine *quantité négligeable* geblieben wäre, beschränkt auf einige wenige Exzentriker und rassistische Spinner, keineswegs aber eine Bedrohung für die westeuropäischen Demokratie geworden wäre“.²⁷ Es liegen jedoch auch tiefere, strukturelle Gründe vor, die mit der besonderen sozioökonomischen Lage bestimmter Gesellschaftsschichten, den allgemeinen politischen und sozialen Entwicklungen in den europäischen Staaten und dem Geschick sowie der Professionalisierung der rechtsextremen Parteien selbst zusammenhängen.²⁸ Die „Verlierer“ der Globalisierung – untere Einkommensschichten, die von Arbeitslosigkeit und internationaler Konkurrenz bedroht sind – machen die Stammwähler der extremen Rechten aus. Gerade bei diesen Wählern ziehen Slogans wie „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“. Aber diese Gruppen, die sonst die typische Zielgruppe linker Parteien bilden, sind nicht die einzigen, die erfolgreich von den Volksparteien weggelockt werden. Im gesamten politischen Spektrum reagieren Einzelne positiv auf Vorurteile gegenüber dem „Anderen“, was in letzter Zeit immer häufiger „der muslimische Andere“ bedeutet.

Ein zweites Bündel von Erklärungen für die Entwicklungen im politischen System bezieht sich auf zunehmende Schwankungen im Wahlverhalten und die Tatsache, dass sich die rechten und linken Volksparteien in letzter Zeit einander angenähert haben. Populistische Parteien generell, nicht nur die rechten, füllen die Lücke, die durch diese ideologische Annäherung entstanden ist, und stellen sich als die einzig wahre Alternative zum überholten und verknöcherten politischen Establishment dar. In den meisten Ländern hat die Rechte von dieser Entwicklung profitiert, da die linke Alternative entweder zu schwach ist oder bereits von den Volksparteien kooptiert wurde und möglicherweise sogar an der Regierung beteiligt ist – wie es bei den Grünen der Fall ist.

Drittens haben rechtsextreme Parteien erfolgreich an ihrem Image und an ihrer Botschaft gearbeitet, um sich – zumindest offiziell – von jeder Form des Neonazismus, Faschismus und anderen Formen der „braunen“ Vergangenheit zu distanzieren. Hin und wieder deckt die Presse allerdings doch noch einen Fauxpas auf – wie z.B. Straches „Kühnen-Gruß“ (ein Drei-Finger-Gruß, den der deutsche Neonazi Michael Kühnen bekannt gemacht hat) oder Parteimitglieder schießen sich durch politisch nicht korrekte Äußerungen ins eigene Knie. Im Allgemeinen achten sie jedoch stets darauf, den Schein eines klaren Bruchs mit der Vergangenheit zu wahren und ein politisch kompromittieren-

27 Peter H. Merkl, Introduction, in: Peter H. Merkl/Leonard Weinberg (Hrsg.), *Right-Wing Extremism in the Twenty-First Century*, London 2003, S. 1-19, hier: S. 7.

28 Matthijs Rooduijn, *The rise of the populist radical right in Western Europe*, in: *European View* 14/2015, S. 3-11.

des Vokabular zu vermeiden. Praktischerweise sind die Bemühungen um politische Korrektheit und damit in Zusammenhang stehende Gesetze immer noch der leicht angestaubten Überzeugung verhaftet, Neonazis seien in erster Linie Antisemiten. Im heutigen Europa kann die extreme Rechte im Prinzip dieselben Einstellungen in Bezug auf Muslime verbreiten, die sie einst gegen Juden propagiert hat, ohne dass sie dafür bestraft wird, ganz einfach weil Neonazismus antisemitisch ist und somit nur Antisemitismus bestraft wird. Das rhetorische Geschick der Rechtsextremen geht jedoch sogar noch weiter, da die Trennlinie zwischen dem Akzeptablen und dem Unerwünschten nicht länger an Religion, Ethnizität oder Rasse festgemacht wird, sondern jetzt auf Kultur beruht: Türken, Muslime oder Roma müssen nicht zwangsläufig fortgeschickt werden, solange sie sich an die „Leitkultur“ anpassen, hart arbeiten, keine Moscheen bauen und sich ganz allgemein integrieren.

Theorien zum Rechtsextremismus

Diese eher empirischen und *Prima-facie*-Erklärungen passen sich gut in die etablierteren Erklärungsansätze für die zunehmende Unterstützung für Rechtsextreme in Westeuropa ein, die Roger Eatwell treffend als Theorien zur Nachfrageseite und Theorien zur Angebotsseite zusammenfasst.²⁹ Dabei bezieht sich die „Nachfrageseite“ auf diejenigen Faktoren, die Individuen dazu bewegen solche Parteien zu unterstützen, die „Angebotsseite“ hingegen auf die Strategie der rechtsextremen Akteure.

Theorien zur Nachfrageseite

Zu den Theorien zur Nachfrageseite zählt zunächst die *Single-issue-Theorie*, die davon ausgeht, dass die Popularität rechtsextremer Parteien dann wächst, wenn in der Wählerschaft erhebliche Sorgen im Zusammenhang mit Einwanderung bestehen, insbesondere in Verbindung mit Problemen wie Arbeitslosigkeit oder empfundener Ressourcenknappheit. Ein genauerer Blick in historische Statistiken zeigt jedoch, dass Erfolge der extremen Rechten keineswegs immer mit neuen Einwanderungswellen korrelieren. Daher folgert Eatwell, dass das Problem der Einwanderung „eher eines der Wahrnehmung als der Realität zu sein scheint“.³⁰

Die *Protesttheorie* geht davon aus, dass die Desillusionierung über die Volksparteien dazu beiträgt, dass die Unterstützung für rechtsradikale Parteien zunimmt. Dieser Ansatz hat jedoch seine Grenzen, da Wähler zwar durchaus dazu neigen, gegen das Establishment zu protestieren, rationales

29 Vgl. Roger Eatwell, Ten Theories of the Extreme Right, in: Merkl/Weinberg, a.a.O. (Anm. 27), S. 47-73.

30 Ebenda, S. 49-51, S. 50.

Verhalten aber sicherlich ebenfalls eine Rolle spielt und auch eine ideologische Affinität für die Wahlentscheidung von großer Bedeutung ist.³¹

Die *Theorie des sozialen Zusammenbruchs* bringt das Erstarken der extremen Rechten in Zusammenhang mit dem soziologischen Begriff der Anomie – des Zerbrechens sozialer Bindungen in modernen Gesellschaften, das Gefühle der Unsicherheit und Unzulänglichkeit hervorruft. Wenn traditionelle Strukturen zusammenbrechen, wenden Menschen sich Gruppen zu, die ihnen das Gefühl vermitteln dazuzugehören. Gruppen wie z.B. Rechtsextreme, die traditionelle Werte, Familie und Nationalismus verfechten, sind für solche Menschen, die nie ein sicheres soziales Umfeld hatten, besonders attraktiv. Diese Theorie basiert auf Untersuchungen, die herausgefunden haben, dass ein Zusammenhang zwischen einem hohen Grad an sozialer Isolation und dem Wählen rechtsextremer Parteien besteht. Andere Befunde deuten jedoch darauf hin, dass es in rechtsextremen Gruppen einen hohen Grad an einer gemeinschaftlichen Mitgliedschaft gibt, bei der die Mitglieder häufig aufgrund familiärer Bindungen beitreten.³²

Die (*umgekehrte*) *postmaterielle Theorie* wurde – wie ihr Name schon sagt – nach dem Modell der postmateriellen Theorie der 1970er und 1980er Jahre entwickelt, mit der Soziologen die Abwendung von traditionellen Klasseninteressen und wirtschaftlichen Interessen und die vermehrte Hinwendung zu Themen wie Umweltschutz, Emanzipation und Feminismus in westlichen Gesellschaften erklärten. In den 1990er Jahren wurde die Theorie dahingehend modifiziert, dass sie zur Erklärung der wachsenden Popularität der extremen Rechten herangezogen werden konnte, da zunehmend deutlich wurde, dass der Postmaterialismus nur eine begrenzte Ausstrahlung hatte; so war er vor allem in den jungen und gebildeten Teilen der Gesellschaft verbreitet. Viele der entfremdeten Individuen befürworteten die entgegengesetzten Ideale und wandten sich Parteien zu, die sich für konservative Werte und Wirtschaftswachstum durch die Belohnung arbeitender Menschen einsetzten. Offensichtlich haben zwar viele rechtsextreme Parteien in Europa diese Werte der „angloamerikanischen neuen Rechten“ übernommen, andere jedoch, wie die Partei „Flämische Interessen“ (*Vlaams Belang*) in Belgien oder der *Front National* in Frankreich, folgen tatsächlich einer antimaterialistischen Philosophie und räumen politischen Fragen Vorrang vor wirtschaftlichen Belangen ein.³³

Die *Theorie der wirtschaftlichen Interessen* stellt die traditionelle Verbindung zwischen rechtsextremen Wählern und relativer Deprivation her und schließt auch diejenigen ein, die am ehesten die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Globalisierung zu spüren bekommen. Die Korrelation zwischen sozioökonomischen Interessen und dem Wählen rechtsextremer Parteien bleibt unklar, es gibt jedoch Hinweise darauf, dass sozioökonomi-

31 Vgl. ebenda, S. 51-52.

32 Vgl. ebenda, S. 52-54.

33 Vgl. ebenda, S. 54-56.

sche Probleme in Kombination mit der Furcht, dass Zuwanderer besser behandelt werden als man selbst, die Unterstützung für Rechtsextreme verstärken können.³⁴

Theorien zur Angebotsseite

Die *Theorie der politischen Gelegenheitsstrukturen* konzentriert sich auf zwei Gruppen politischer Faktoren: zum einen auf die Frage, wie Volksparteien rechtsextreme Parteien fördern oder sie behindern können, zum anderen darauf, wie sich die institutionelle Struktur eines Staates auf kleine Parteien auswirken kann. Es ist wahrscheinlich, dass extremistische Parteien dann an Unterstützung gewinnen, wenn Wähler nicht mehr klar zwischen den Volksparteien unterscheiden können, weil diese sich zur Mitte hinbewegen oder einander sich in Fragen annähern, die den Wählern besonders wichtig sind.³⁵

Auf institutioneller Ebene bietet das Verhältniswahlrecht kleineren Parteien günstige Gelegenheiten, wie z.B. in Frankreich und den skandinavischen Ländern. In Deutschland macht es die Fünf-Prozent-Hürde kleineren Parteien zwar schwer, auf Bundesebene vertreten zu sein; auf lokaler Ebene sind dank des föderalen Systems die Chancen für kleinere Parteien jedoch größer.³⁶

Während die Theorie der politischen Gelegenheitsstrukturen den Einfluss der Medien ignoriert, hebt die *Mediatisierungstheorie* deren Macht hervor. Im Allgemeinen stehen die Medien Rechtsextremen ablehnend gegenüber und spielen häufig auch eine Rolle dabei, rechtsextreme Parteien bei Wahlen zu delegitimieren. Gleichwohl gibt es auch Beispiele, bei denen Teile der Medien Rechtsextreme ausdrücklich unterstützen. Darüber hinaus können die Medien rechtsextremen Parteien indirekt helfen, indem sie verstärkt über strittige Themen wie Einwanderung berichten oder Persönlichkeiten und Charaktere hervorheben, was rechtsradikalen Parteien nützt, da sie in der Regel auf eine Führungsfigur ausgerichtet sind. Der Einfluss der Medien auf den Wahlerfolg der Rechtsextremen ist schwer zu messen, eine umfangreiche Berichterstattung – egal, ob negativ oder positiv – über eine Partei verschafft den Rechtsextremen aber auf jeden Fall öffentliche Aufmerksamkeit.³⁷

Nach der *Theorie der nationalen Traditionen* beruht der Erfolg rechtsextremer Parteien auf ihrer Fähigkeit, sich als „legitimen Teil der nationalen Tradition“ darzustellen und sich so von Nazismus und Faschismus zu distanzieren.³⁸ Rechtsextreme populistische Parteien sind darauf bedacht, einen legitimen Diskurs über Einwanderung und das Scheitern der Integration zu konstruieren. Eatwell betont, dass nationale Traditionen zwar effektiv sind, jedoch eher unterstützende als ursächliche Faktoren darstellen.³⁹

34 Vgl. ebenda, S. 56-58.

35 Vgl. ebenda, S. 58.

36 Vgl. ebenda, S. 58-60.

37 Vgl. ebenda, S. 60-62.

38 Vgl. ebenda, S. 62.

39 Vgl. ebenda, S. 62-63.

Die *programmatische Theorie* verbindet den Inhalt des Parteiprogramms mit dessen Unterstützung. Politische Kampagnen konzentrieren sich insgesamt zunehmend auf bestimmte Themen und rechtsextreme Parteien nutzen diese Themen häufig erfolgreich aus, indem sie sie zu zentralen Punkten in ihrem Parteiprogramm machen, um so Unterstützung zu gewinnen. Darüber hinaus gibt es Anhaltspunkte dafür, dass rechtsextreme Parteien auf ein „Erfolgsrezept“, bestehend aus einer Kombination von autoritärer Anti-Einwanderungspolitik und freier Marktwirtschaft, setzen.⁴⁰

Im Mittelpunkt der *Theorie des charismatischen Führers* stehen Führungseigenschaften und die Empfänglichkeit der Zielgruppe. Wähler fühlen sich in der Regel von Führern angezogen, die Botschaften in vereinfachter und emotionaler Weise „überbringen“ können. Ein charismatischer Führer ist darüber hinaus in der Lage, seine Partei mächtig erscheinen zu lassen, was gerade für kleinere Parteien wichtig ist. Hier gilt jedoch dasselbe wie für die anderen Erklärungen: Man kann die Unterstützung für rechtsextreme Parteien nicht ausschließlich auf das Charisma eines Führers zurückführen.⁴¹

Populismus – zwischen Extremismus und Demokratie

Rechtspopulismus ist eine heikle Angelegenheit und unter normativen Gesichtspunkten eine schwierige Entscheidung. Populismus wird u.a. definiert als „eine ‚dünne Ideologie‘, die davon ausgeht, dass die Gesellschaft in zwei homogene, antagonistische Gruppen getrennt ist, das ‚reine Volk‘ und die ‚korrupte Elite‘, und die geltend macht, dass Politik ein Ausdruck der *volonté générale* oder des allgemeinen Volkswillens sein soll“.⁴² Das Volk wird als die Mehrheit, der Mann auf der Straße, die „kleinen Leute“ dargestellt, es ist zugleich homogen und verschiedenartig, da es verschiedene soziale Klassen repräsentiert; und es sind „hart arbeitende“ Menschen. All diese Eigenschaften unterstützen faktisch die Idee der Legitimität, die so „dem populistischen Argument Substanz verleiht“.⁴³ Wichtig ist, dass Populismus nicht an einen bestimmten ideologischen Inhalt gebunden ist, sondern sich vielmehr auf „einen Politikstil, Demagogie oder eine Wahlstrategie“ bezieht.⁴⁴ Wissenschaftler haben außerdem festgestellt, dass rechte und linke Populisten zunehmend

40 Vgl. ebenda, S. 63-65.

41 Vgl. ebenda, S. 65-67.

42 Cas Mudde/Cristóbal Rovira Kaltwasser, Populism and (liberal) democracy: a framework for analysis, in: Cas Mudde/Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hrsg.), *Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy?*, Cambridge 2012, S. 1-26, hier: S. 8 (Hervorheb. im Original); Übersetzung nach: Karin Priester, Wesensmerkmale des Populismus, in: Bundeszentrale für politische Bildung, *Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ 5-6/2012)*, unter: <http://www.bpb.de/apuz/75848/wesensmerkmale-des-populismus?p=all> („dünne Ideologie“ findet sich dort nicht im Zitat, sondern an anderer Stelle im Text).

43 Jérôme Jamin, Two different realities. Notes on populism and the extreme right, in: Andrea Mammone/Emmanuel Godin/Brian Jenkins (Hrsg.), *Varieties of Right-Wing Extremism in Europe*, Abingdon 2013, S. 38-52, hier: S. 41.

44 Ebenda, S. 40.

dieselben Themen besetzen. Ein wichtiger Unterschied zwischen ihnen, der sich dann auch auf jedwede Form von „Extremismus“ überträgt, ist jedoch ihre Einstellung zur Gleichheit. Die extreme Rechte wird immer bestrebt sein, Grenzen zu errichten, die eine Gemeinschaft in „wir“ und „sie“ unterteilt.

Rechtsextremismus wird zumeist eher empirisch definiert, indem verschiedene Einstellungen (Antisemitismus, Ethnozentrismus, Nationalismus etc.) und sogar Persönlichkeitsmerkmale wie etwa eine autoritäre Einstellung aufgelistet werden. Theoretisch kann klar zwischen Extremismus und Rechtspopulismus unterschieden werden, wobei Letzterer „nur“ die korrupten Eliten angreift und ansonsten (nichtextremistische) konservative Positionen vertritt. In Wirklichkeit sind die Trennlinien relativ durchlässig, da rechtsextreme Ideen in letzter Zeit ins Zentrum des politischen Diskurses gerückt sind, sodass die Vertretung „der Wünsche der Menschen“ tatsächlich rechtsextreme Züge annehmen kann. Beispielsweise hat die Kritik an den Eliten in den meisten Fällen mit deren laxer Einstellung zu Einwanderung und Integration zu tun. In einem extremen Fall erklärte Anders Breivik, dass er dabei helfen musste, Norwegen vor einer muslimischen Invasion zu retten, und dass die norwegische Arbeiterpartei „den Preis dafür zahlen“ müsse, „Norwegen und das norwegische Volk im Stich gelassen zu haben“.⁴⁵

Rechtspopulismus mag weniger „schlimm“ erscheinen als Extremismus, da er, wie bereits erwähnt, zur Verfolgung seiner Ziele sowohl auf Urteile aufgrund von Rasse als auch den Einsatz von Gewalt verzichtet. Tatsächlich – und dies ist ein Argument, das rechtspopulistische Führer häufig vorbringen – ist er innerhalb und mithilfe des demokratischen Systems aufgestiegen – eines Systems, das er paradoxerweise zu untergraben versucht. „Man muss sagen dürfen, was man denkt“, hören wir oft; oder: „Echte Demokratie zensiert keine Meinungen.“ Rechtspopulistische Parteien spielen auf paradoxe Weise die „Redefreiheits“- und „Alle-Macht-dem-Volke“-Karte aus, um die Verbreitung ihrer in Wirklichkeit zutiefst undemokratischen Meinungen zu legitimieren. Zugleich distanzieren sie sich sicherheitshalber öffentlich von „Extremisten“ und von Gewalt. Dies ist nicht nur ein taktischer Schachzug, mit dem sie im Rahmen der Legalität bleiben; vielmehr versuchen sie so auch die Unterstützung der Mitte der Gesellschaft und von deren Kernwählerschaft zu bekommen, die offensichtlich großen Wert auf Strukturen, Recht und Gesetz legt. Allgemein wird das Verhältnis zwischen Populismus und Demokratie wie folgt beschrieben: „Populismus ist im Wesentlichen demokratisch [...], seine Einstellung gegenüber der *liberalen* Demokratie ist jedoch ambivalent“.⁴⁶ Einerseits ist Populismus für Volkssouveränität und Mehrheitsprinzip, andererseits steht er im Widerspruch zum Schutz der Minderheitenrechte, der untrennbar zur liberalen Demokratie dazugehört.

45 Simon Parkin, *Death by Video Game. Tales of Obsession from the Virtual Front Line*, London 2015, S. 127.

46 Mudde/Rovira Kaltwasser, a.a.O. (Anm. 42), S. 16 (Hervorheb. im Original).

Zwar wurden die Verflechtungen zwischen der legalen und der illegalen (d.h. extremistischen) Seite der äußersten Rechten nie offengelegt und sind daher bislang auch nur wenig erforscht, dennoch tauchen sie immer wieder auf. Studien über rechtsextreme Parteien werfen so gut wie nie einen Blick auf diesen Aspekt ihrer Aktivitäten, da sie sich mit der Arbeitsweise des legalen politischen Systems befassen. Fallstudien über rechtsextremistische und rechtsterroristische Gewalt weisen andererseits regelmäßig *en passant* darauf hin, dass bestimmte Personen irgendwann von bestimmten politischen Parteien entweder gefördert oder finanziell unterstützt wurden oder auf irgendeine Weise mit ihnen verbunden waren. Lebensgeschichten von in Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus verstrickten Personen zeigen auch, wie erste Kontakte mit rechtsextremer Ideologie und die nachfolgende Vertiefung der Verstrickung durch den Umstand gefördert werden, dass etliche Vertreter der Volksparteien einige ihrer Ideen teilen oder dass sie tatsächlich „an den Stammtischen“ diskutiert werden. Autoren wie Peter H. Merkl unterscheiden zwischen Subkulturen, sozialen Bewegungen und politischen Parteien, wobei sie Subkulturen als breitere und diffusere soziale Milieus definieren, die grundlegende rechtsgerichtete Einstellungen hervorbringen. Ihren Pendanten am anderen Ende des politischen Spektrums nicht unähnlich sammeln sich verschiedene Segmente der äußersten Rechten um bestimmte Themengruppen – wie z.B. im Falle der Pegida-Bewegung („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“).

Die FPÖ hat den Wahlsieg nur um wenige Prozentpunkte verpasst. Es spricht für Bürgermeister Häupl, dass er sich in seinen letzten Erklärungen vor der Wahl positiv über Flüchtlinge äußerte anstatt Botschaften an seine Genossen zu richten. Damit ging er das Risiko ein, noch mehr Wähler aus der Arbeiterschaft zu verlieren. Das Risiko zahlte sich aus und Wien konnte zumindest vorläufig aufatmen. Interessanterweise und entgegen den Prognosen der meisten Theorien hatten 13 Prozent der FPÖ-Wähler einen Hochschulabschluss.⁴⁷ In ihrem Fall waren es weder wirtschaftliche Nöte noch die bloße Angst vor Ausländern, die sie bewogen die extreme Rechte zu wählen. Tatsächlich enthüllten einige von ihnen in Interviews entweder ihre schon seit Langem bestehende Loyalität der Partei gegenüber oder gaben an, dass sie eigentlich die meisten der von der FPÖ vertretenen Werte und Ideen teilten, sei es das konservative Familienbild oder ein strukturierter Ansatz in der Flüchtlingsfrage. Diese Ergebnisse sind zwar keineswegs breit genug, um irgendwelche definitiven Schlussfolgerungen zuzulassen; sie rechtfertigen es aber immerhin, ein Fragezeichen hinter die Positionierung rechtsextremer Parteien im Spektrum zwischen der Mitte und den Extremen zu setzen. Wie bereits der Titel unseres Beitrags andeutet, werden rechtsextreme Parteien in der Regel (u.a.) als „populistisch“ bezeichnet, was bedeutet, dass sie für das stehen, was die Menschen wollen. Eine genauere Analyse belegt jedoch häufig ihren

47 Vgl. Köksal Baltacı, Die untypischen Wähler der FPÖ, in: Die Presse, 17. Oktober 2015, unter: <http://diepresse.com/home/4846143/Die-untypischen-Waehler-der-FPO>.

„extremistischen“ Charakter, ihre haarsträubenden und häufig schlicht undemokratischen Ideen und ihre generelle Abneigung gegen alles Fremde. Sowohl die etablierte Politik als auch die Wissenschaft müssen sich wohl mit der äußerst misslichen Lage abfinden, dass es das ist, was „das Volk“ wirklich will.